

# trendletter

Vom Krisenmodus zur Strategie  
Zuwanderung und Teilhabe

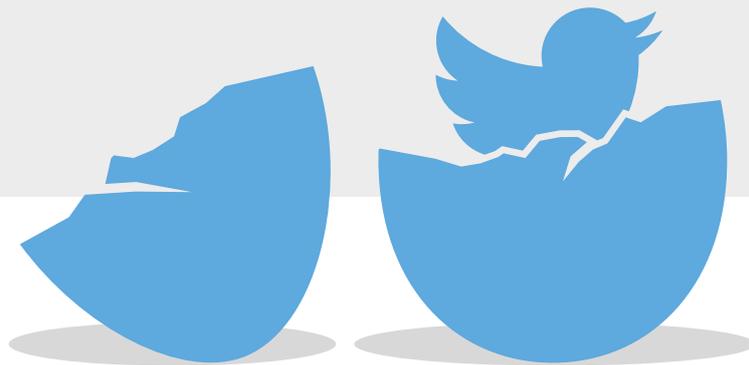
BUCHER:  
UM 1402

Deutschkurs  
German class  
دورة اللغة الألمانية  
курс немецкого языка  
Cours d'allemand  
Curso de alemán



# Orientierung in 140 Zeichen

Besuchen Sie uns auf Twitter.



Auch ohne Twitter-Account können Sie unsere Mitteilungen lesen unter:  
[www.twitter.com/Prognos\\_AG](https://www.twitter.com/Prognos_AG)

 [@Prognos\\_AG](https://twitter.com/Prognos_AG)

# Außer Rand und Band geraten ...



... scheint Deutschland und mit ihm ganz Europa. Der Kontinent ist seit Monaten in einer sich ständig beschleunigenden Aufregungsspirale. Staaten, Politik, Institutionen und Bürger haben sich angesichts der sogenannten Flüchtlingskrise in ein Chaos von Argumenten und Befindlichkeiten gestürzt. Streit, Kleinkrieg und Unversöhnlichkeit kennzeichnen die Lage. Eigentlich ein einziges Trauerspiel, wenn es nicht die guten Beispiele bürgerschaftlichen Engagements, gewaltige Anstrengungen der Kommunen und mittlerweile auch bemerkenswerte Fortschritte bei Behörden wie BAMF und Bundesagentur für Arbeit gäbe.

Dennoch: Die Auseinandersetzungen haben einen zerstörerischen Charakter für die Gesellschaft, zumal unterschiedlichste Sachverhalte durcheinandergeworfen werden. Das betrifft besonders die Vermischung von humanitärer Asyl- und qualifizierter Einwanderungspolitik. Ersterem müssen wir uns schlicht stellen und beim Zweiten (endlich) den Konsens feststellen, den wir eigentlich längst erzielt haben: Wir sind ein Einwanderungsland und das ist auch gut für einen Staat, der seit Jahrzehnten seine demografischen Hausaufgaben kaum gemacht hat. Die deutliche Mehrheit weiß das, unterstützt es und sollte nicht müde werden, Kurs zu halten und Zweifler zu überzeugen.

Der Schlüssel ist die Integration der Menschen und hierfür braucht es 1. Werte und Haltung, 2. Offenheit und Veränderungsbereitschaft, 3. Zuversicht und Selbstvertrauen – und zwar auf beiden Seiten. Das bedeutet konkret: 1. Die Verfassung und Gesetze bilden den verpflichtenden Rahmen und die allgemein gültigen Regeln des Zusammenlebens geben Orientierung. Dazu gehören auch Selbstverständlichkeiten wie Gastfreundschaft und Hilfsbereitschaft. 2. Für ein Land, das wie kaum ein

anderes von der Globalisierung profitiert, ist die Weltoffenheit seiner Menschen eine Grundvoraussetzung, zumindest, wenn es hier in Zukunft so gut weitergehen soll. Denn Wohlstand und Teilhabe für viele sind kein deutsches Naturgesetz. Gefragt sind immer wieder neue Ideen und Kräfte, gerade von Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund. 3. Schaffen wir es oder schaffen wir es nicht? Kaum ein Politikerzitat ist je so zerredet worden. Mir ist das unbegreiflich. Daran, dass wir das schaffen (können und werden), gibt es doch überhaupt keinen Zweifel. Deutschland hat in den vergangenen 70 Jahren schwierigste Herausforderungen gemeistert. Es gibt keinen vernünftigen Grund, dass es diesmal anders ist: mit Wachstum, hoher Beschäftigung und stabilen Haushalten. Hierfür benötigt man allerdings Konzepte. Und mit deren Erarbeitung und Umsetzung sollten wir endlich beginnen, statt uns länger so armselig selbst zu diskreditieren.

Dieser Trendletter leistet hierzu einen aktiven Beitrag – und zwar mit positiven Beispielen und konstruktiven Vorschlägen. Denn was wir in Deutschland selbst beeinflussen können, ist eine gelingende Integration. Vom Krisenmodus zur Strategie! Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten. Ich wünsche Ihnen jetzt eine spannende Lektüre und freue mich, von Ihnen zu hören.

Herzlich, Ihr

Christian Böllhoff  
christian.boellhoff@prognos.com

# Inhalt

- 05 *Fachbeitrag*  
It's 2016!
- 07 *Rankings*  
Integration in Zahlen
- 08 *Interview*  
„Es mangelt an Konzepten“
- 10 *Zeitzeugnis*  
Blick ins Archiv:  
Perspektiven für Migrantinnen
- 11 *Fachbeitrag*  
Wie Verwaltung und Bürger  
gemeinsam mehr schaffen
- 12 *Szenarien*  
Deutschland – mit und ohne
- 14 *Fachbeitrag*  
Berufsschulen –  
Starthilfe für die Starthelfer
- 16 *Statements*  
Mein Rat an Deutschland
- 17 *Fachbeitrag*  
Wendepunkt für Wohnungs-  
und Immobilienmärkte
- 18 *Kurz gefasst*  
Eine gute Idee
- 20 *Standpunkt*  
Ohne Investitionen wird  
Zuwanderung erst richtig teuer
- 21 *Über uns*  
Blick in unsere Projekte
- 23 *Über uns*  
Rückblick in Bildern



07 Integration in Zahlen



11 Wie Verwaltung und Bürger gemeinsam mehr schaffen



08 Prognos & SWP im Gespräch: „Es mangelt an Konzepten“



12 Zuwanderung: Wie könnte Deutschland im Jahr 2040 aussehen?

# It's 2016!

## Deutschland fällt es schwer, sich auf die migrationspolitischen Folgen der Globalisierung einzustellen. Warum eigentlich?

Kanada lebt Diversity. Ethnische Minderheiten und Flüchtlingsbiografien sind in den höchsten Regierungsämtern vertreten. Die Gründe erläuterte der neu gewählte Premierminister Trudeau bei der Vereidigung Ende letzten Jahres so einsilbig wie treffend: „Well, it's 2015!“ So sieht die Welt nun einmal aus – in Kanada.

2015 stand in Deutschland für den Beginn des zähen Ringens im Umgang mit den migrationspolitischen Folgen der Globalisierung. Das Ausmaß des gegenwärtigen Flüchtlingsgeschehens ist eine außerordentliche Herausforderung und das Zutrauen in die Integrationsmöglichkeiten Deutschlands scheint dahinzuschmelzen. Was außerdem fehlt, ist ein abgestimmtes gesamteuropäisches Vorgehen. Dennoch: Aufgrund der deutschen Einwanderungsgeschichte könnte das Klima auch hierzulande ein anderes sein.

### „Institutionen durch Aufgabenbündelung stärken.“

Laut statistischem Bundesamt hatte 2014 bereits ein Fünftel der Bevölkerung, das sind 16,4 Millionen Menschen, einen Migrationshintergrund (siehe Abb.). Hier-von leben über 80% länger als sechs Jahre in Deutschland, die Mehrheit sogar schon mindestens 20 Jahre.

Lehren aus den bisherigen Integrationsprozessen – ungelöste Herausforderungen wie auch Erfolge – scheinen jedoch kaum im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert zu sein. Eine ausgeprägte Offenheit gegenüber Migranten, die auf Teilhabe und Inklusion zielt, ist nicht entstanden. Davon kann man sich auf den rechtspopulistischen PEGIDA-Demonstrationen überzeugen. Auch zahlreiche Bevölkerungsbefragungen geben hierüber Auskunft. Stabil sind die Mehrheiten, für die Konfliktpotenziale oder Mehrbelastungen des Sozialstaates im Vordergrund stehen. Befragungen von Migranten belegen die Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen.

Die Einsicht, dass Deutschland seit Langem faktisch ein Einwanderungsland ist, setzt sich offenbar nur zögerlich durch. Die Prognos AG, wie auch praktisch alle

anderen Demografen, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsexperten, betonen seit Langem die Wichtigkeit der Zuwanderung nach Deutschland. Unklar bleibt, warum nach wie vor über ein Einwanderungsgesetz gestritten wird, das Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis nicht in unzähligen Ausnahmetatbeständen gewährt, sondern Einwanderung als etwas grundsätzlich Positives im Sinne der Migranten und der deutschen Gesellschaft regelt und die Schnittstellen zwischen humanitärer und arbeitsmarktbezogener Einwanderung durchlässiger macht.

### „Deutschland ist schon Einwanderungsland.“

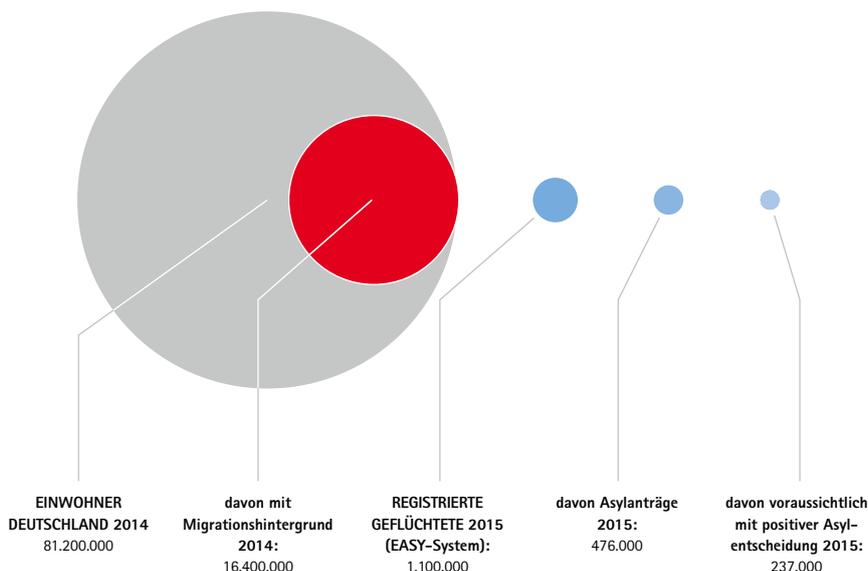
Für eine Einwanderungs- und Integrationspolitik aus einem Guss sollten außerdem die föderalen Institutionen durch Aufgabenbündelung gestärkt werden. Allein auf Bundesebene verwalten derzeit zwölf Ministerien und nachgeordnete Behörden migrationspolitische Verantwortungsbereiche. Ein zuständiges Bundesministerium wäre sinnvoll, wenn es mit entsprechender Gesetzgebungskompetenz ausgestattet wäre. In jedem Fall sollte die Rolle der Bundesagentur

für Arbeit gestärkt und das bildungspolitische Kooperationsverbot von Bund und Ländern zumindest gelockert werden.

Bildung und Arbeit sind die vordringlichen politischen Handlungsfelder für eine gute Integrationspolitik. Aber auch die Unternehmen müssen mitziehen. Der Bundesverband der Personalmanager schätzt, dass rund zwei Drittel seiner Mitglieder Interesse haben, Geflüchtete zu beschäftigen. Doch sehen sich ebenso viele vor bürokratische und praktische Hürden gestellt, sodass es bislang nur wenige Unternehmen sind, die zeigen, wie die (betriebliche) Ausbildung oder Beschäftigung von Geflüchteten gelingen kann. Auch hier ist Unterstützung nötig.

Bei Asylsuchenden führt der Weg in Ausbildung und Arbeit über zügige Anerkennungsverfahren. Erst wenn der Status geklärt ist, kann ein Fallmanagement greifen. Vor diesem Hintergrund ist der gegenwärtige Verwaltungsstau beim zuständigen Bundesamt ein doppeltes Ärgernis: Er prägt die öffentliche Wahrnehmung des Flüchtlingsgeschehens als Krise und erzeugt einen zer-

## BEVÖLKERUNG UND FLÜCHTLINGSGESCHEHEN IN DEUTSCHLAND Größenordnungen



Quelle: BAMF/Destatis, Darstellung: Prognos



Zuwachs als Grund zur Freude: Viele Kommunen und Bundesländer, darunter Brandenburg (l.), Hannover (m.) und Thüringen (r.), begrüßen ihre Neubürger auf Einbürgerungsfeiern.

mürbenden Wartestand bei den Asylsuchenden. Je länger Unsicherheit über die Bleibeperspektive besteht, desto schwieriger wird es, dass Geflüchtete und potenzielle Arbeitgeber zueinanderfinden. Gelingt dies nicht, besteht die Gefahr, dass sich neue, prekäre Lebenssituationen verfestigen.

**”Zuwanderung verändert Deutschland nachhaltig.“**

Da sich die Zuwanderung von Geflüchteten und Familiennachzüge nicht nach der Qualifikation steuern lassen, ist es umso wichtiger, dies bei Arbeitsmigranten zu tun. Hilfreich für einen im Sinne der Wirtschaft und der Migranten passgenauen Fachkräftezugang ist ein flexibles, qualifikations- und nachfragegesteuertes Zuwanderungssystem. Hier ist Deutschland mittlerweile gut aufgestellt: Es ist nach den USA das beliebteste Land für dauerhafte Zuwanderung in der Welt. Die Neuregelungen für die Einwanderung von Fachkräften und Studierenden aus dem Nicht-EU-Ausland nach Deutschland führen seit 2007 zu steigenden Beschäftigungsquoten wie sonst nirgends innerhalb der OECD. „Deutschland konnte in den vergangenen Jahren viele Lehren aus der Arbeitsmarktintegration von Migranten ziehen“, betont OECD-Generalsekretär Angel Gurría.

In den Kommunen und Wohnquartieren sind die Auswirkungen der Zuwanderung und auch die Angst vor einer Überforderung am deutlichsten erfahrbar. Hier wird Integration immer häufiger als ressortübergreifende Aufgabe verstanden. Vielerorts werden partizipatorische Ansätze der Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund verfolgt. Als hilfreich erweisen sich außerdem zentrale Anlaufstellen und ein integriertes Fallmanagement, die dabei helfen, Sprachkurse, Wohnungen, medizinische Versorgung, Kinderbetreuung etc. passgenau zu vermitteln.

Viele dieser Aufgabenbereiche werden derzeit durch ehrenamtliche Helfer unterstützt, wenn nicht sogar aufgefangen. Das ist kein Dauerzustand. Notwendig sind Investitionen in eine professionelle Infrastruktur für die Flüchtlingshilfe, z. B. um Migrantenorganisationen mit sprachlichen Zugängen zu wichtigen Flüchtlingsgruppen besser einzubinden oder um die 10.000 zusätzlichen Plätze des Bundesfreiwilligendienstes zu begleiten.

**”Deutschland ist attraktiv für Fachkräfte.“**

Zuwanderung wird Deutschland nachhaltig verändern. Es bedarf daher zielgerichteter Investitionen und staatlicher Unterstützung, insbesondere in den Be-

reichen der schulischen und beruflichen Bildung und der kommunalen Daseinsvorsorge. Die gesellschaftliche Akzeptanz schafft eine klare integrationspolitische Agenda, die nicht bei der Beseitigung der gegenwärtigen Verwaltungskrise oder der Abschiebung von Straftätern stehen bleibt, sondern auf die Chancen ausgerichtet ist, die Migration mittel- bis langfristig bietet – it’s 2016! \_



# Integration in Zahlen

15 von 34 OECD-Staaten haben einen Migrantenanteil von rund 20 % oder mehr. Bei ausgewählten Gradmessern für Integration schneiden die Länder unterschiedlich gut ab.

## Arbeitslosenquote von im Ausland Geborenen gegenüber Einheimischen (Differenz in Prozentpunkten, 2014)



Positive Zahlen bedeuten, die Arbeitslosenquote der im Ausland geborenen Erwerbspersonen ist höher als die der Einheimischen.

## Leseferdigkeit von 15 Jahre alten Kindern mit Migrationshintergrund gegenüber Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund (Differenz in Pisapunkten, 2012)



Negative Zahlen bedeuten, Kinder mit Migrationshintergrund lesen schlechter als Kinder ohne Migrationshintergrund (Second Generation).

## Wie lange dauert es, bis ein Asylantrag bearbeitet ist? (in Monaten, bis zur erstinstanzlichen Entscheidung, 2015)



Länderdurchschnitt nicht möglich, da für einige der 15 Länder keine Informationen verfügbar sind.

## Wie hoch ist der Anteil ausländischer Studierender an allen Studierenden? (in Prozent, 2013)\*



## Wie viele Spieler im Kader der Fußball-Nationalmannschaft haben einen Migrationshintergrund? (WM 2014)\*\*



Länderdurchschnitt nicht möglich, da sechs der 15 Länder ohne WM-Teilnahme. Anm. England: ohne 3. Generation Einwanderer.

Die 15 Staaten im Einzelnen: Israel (67% Migranten), Australien (46%), Neuseeland (45%), Schweiz (43%), Kanada (38%), Estland (34%), Belgien (31%), Schweden (28%), Österreich (27%), Frankreich (26%), USA (24%), Norwegen (21%), Deutschland (20%), Niederlande (20%), Großbritannien (19%). (2013)  
Migranten = selbst im Ausland geboren oder mindestens ein Elternteil im Ausland geboren.

Quelle (alle): OECD  
Abweichende Quellen:  
\* OECD, UNESCO, Eurostat  
\*\* Medien-Serviceestelle Neue Österreicher/innen

# „Es mangelt an Konzepten“

Dr. Steffen Angenendt und Claudia Münch sprechen mit der Trendletter-Redaktion über Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik jenseits des Krisenmodus.

**Stellen wir uns vor, wir schreiben das Geschichtsbuch im Jahr 2050 und blicken zurück auf 2015. Ist das Jahr ein Wendepunkt?**

**Angenendt:** Ja, in zweifacher Hinsicht. Zum einen wegen der Hilfsbereitschaft der Bevölkerung für Flüchtlinge, zum anderen wurden 2015 aber auch Defizite in Politik und Verwaltung deutlich. Es gibt zwar in vielen Kommunen ein tolles Engagement der Bürgermeister und Ämter, auch viele gute Ideen für die neuen Aufgaben. Aber gerade auf Landes- und Bundesebene fehlen mittel- und langfristige Konzepte, wie mit der Zuwanderung umgegangen werden soll. Nach wie vor befindet sich die Politik im Krisenmodus und ist vor allem auf die Aufnahme und Erstversorgung fixiert. Die längerfristigen Aufgaben, vor allem die Integration, werden noch nicht richtig wahrgenommen. Beides müsste aber gleichzeitig geschehen.

**Zuwanderung – da denken wir heute vor allem an Flucht. Doch schon 2014 waren wir zweitbeliebtestes OECD-Zuwanderungsland nach den USA. Brauchen wir noch mehr Zuwanderer?**

**Münch:** Ein deutliches Ja. Dass die deutsche Bevölkerung schrumpft und altert, ist schon lange bekannt. Die Zahl der Erwerbsspersonen wird massiv zurückgehen – mit enormen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Wir haben berechnet, dass bis 2020 eine Arbeitskräftelücke von 1,8 Millionen Personen entstehen wird,

davon 1 Million beruflich gebildete Fachkräfte und 500.000 Akademiker. Selbst frühere Berufseinstiege, längere Lebensarbeitszeiten, mehr Erwerbstätigkeit von Frauen und ein erhöhter Bildungsstand werden das nicht ausgleichen. Das Problem wird zur Wachstumsbremse. Wir brauchen daher Zuwanderung, um das Wohlstandsniveau halten zu können.

**„Vermutlich brauchen wir Beschäftigungsprogramme.“**  
– S. Angenendt

**Angenendt:** Brauchen wir nicht auch die Zuwanderung von Geringqualifizierten? Dazu wissen wir zu wenig. Viele glauben, dass der Bedarf an Geringqualifizierten abnehmen wird. Aber stimmt das so? Oder ist mit hoch qualifizierter Beschäftigung nicht auch ein zunehmender Bedarf an gering qualifizierten Tätigkeiten, etwa bei haushaltsnahen Dienstleistungen, verbunden? Dazu brauchen wir belastbare Prognosen und eine politische Debatte, gerade angesichts der aktuellen Flüchtlingszuwanderung.

**bleiben wir bei Zuwanderung als Arbeitsmigration. Ist Deutschland dafür denn attraktiv genug?**

**Münch:** Deutschland hat – zumindest rechtlich – sehr aufgeholt. Die Blue Card regelt die Zuwanderung Hochqualifizierter – und ist im europäischen Vergleich sehr liberal. Auch vom Grundsatz „Keine Einwanderung ohne Arbeitsvertrag“ ist

man abgerückt und für Unternehmen ist es leichter geworden, im Ausland zu rekrutieren. Offenbar ist Letzteres aber noch nicht bekannt genug – weder bei den ausländischen Fachkräften noch bei den Unternehmen.

**Angenendt:** Das stimmt. Es gibt immer noch das Image, dass es schwierig ist, in Deutschland Fuß zu fassen. Es fehlt auch der Wille der Unternehmer, ausländische Fachkräfte einzustellen. Kleine und mittelständische Unternehmen befürchten hohen bürokratischen Aufwand und Schwierigkeiten bei der kulturellen Einbindung. Problematisch sind natürlich auch Sprachbarrieren.

**Es heißt, Studierende seien ideale Migranten, weil sie qualifiziert sind und bereits ein interkulturelles Training an der Uni hinter sich haben. Wie können wir sie im Land halten?**

**Münch:** Hürden beim Übergang von der Hochschule in den Arbeitsmarkt müssen abgebaut werden. Es braucht intensivere Beratung über Karrierewege und eine Öffnung deutscher Arbeitgeber. Die Investition in ausländische Studierende lohnt auch aus Sicht des Staats. Für den Deutschen Akademischen Austauschdienst haben wir berechnet, dass sich öffentliche Ausgaben wie die Studienfinanzierung nach fünf Jahren amortisieren, wenn 30 % der ausländischen Studierenden nach ihrem Abschluss im Land bleiben. Denn sie sind dann ja auch Konsumenten und Steuerzahler.

**Dr. Steffen Angenendt** leitet die Forschungsgruppe Globale Fragen der Stiftung Wissenschaft und Politik und berät u. a. die Bundesregierung und UN-Organisationen zu Demografie und Migration.





**Claudia Münch** ist Projektleiterin bei der Prognos AG und befasst sich mit migrations- und integrationspolitischen Fragestellungen sowie der Analyse des Fachkräftebedarfs.

**Angenendt:** Wichtig sind auch Netzwerke: Hier könnten Universitäten, Behörden, Wirtschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen noch mehr machen, um Studierenden Kontakte bereits während der Ausbildung zu vermitteln.

**Noch einmal zu den Geflüchteten. Da gibt es doch große Unterschiede im Vergleich zu Arbeitsmigranten und Studierenden?**

**Angenendt:** Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden viele Flüchtlinge für lange Zeit bleiben. Deswegen sollten wir sie als Einwanderer betrachten. Es liegt in unserem eigenen Interesse, ihnen so schnell wie möglich Zugang zu Bildung und Beschäftigung zu verschaffen. Nach ersten Bestandsaufnahmen ist allerdings das Qualifikationsniveau in vielen Fällen nicht besonders hoch.

**Münch:** Wichtig ist, dass minderjährige Asylsuchende von Anfang an zur Schule gehen und Erwachsene einen Sprachkurs besuchen. Insgesamt muss sich unser Bildungssystem stärker auf heterogene Zielgruppen einstellen und flexibler werden, zum Beispiel indem man Kompetenzen nicht ausschließlich anhand formaler Kriterien wie etwa Zeugnissen feststellt und Deutschkurse in die Ausbildung integriert.

**Angenendt:** Unser Ziel muss sein, die Einwanderer möglichst bald von staatlichen Transferleistungen unabhängig zu machen. Vermutlich werden wir Beschäftigungsprogramme brauchen, bis sie für den ersten Arbeitsmarkt fit sind. Im Idealfall verbinden wir Beschäftigung mit Qualifizierung. Dabei dürfen wir die hiesigen Langzeitarbeitslosen nicht ver-

gessen. Übrigens hat die offene Aufnahme der Flüchtlinge auch einen positiven Effekt auf die Arbeitsmigration: Ein Land, das Menschen willkommen heißt, ist auch attraktiver für die Hochqualifizierten. Die Symbolkraft der Bilder aus 2015 sollte man nicht unterschätzen.

**„Nur durch Zuwanderung können wir unser Wohlstandsniveau halten.“ – C. Münch**

**Was ist gelungene Integration und welche Fehler sollten wir nicht wiederholen?**

**Münch:** Es ist nicht planbar, wer hier bleibt, weiterzieht oder zurückgeht. Deswegen ist es wichtig, dass alle Zuwanderer an der Gesellschaft teilhaben, auch, damit keine Parallelgesellschaften entstehen. Wichtig ist, dass Integration zugleich eine Forderung ist und ein Recht, ohne Diskriminierung zu leben. Und dass wir sie nicht mit Anpassung gleichsetzen.

**Angenendt:** Richtig, der Begriff „Teilhabe“ beschreibt das Ziel von Integration: Ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben führen zu können, selbstverständlich unter Respektierung des hier geltenden Rechts.

**Und wie soll das gehen?**

**Angenendt:** Die Aufgabe ist so groß und dauerhaft, dass wir endlich auch passende Strukturen brauchen, vor allem eine Bündelung der Kompetenzen und Expertisen in einem Bundesministerium für Migration, Flucht und Integration, also einem Einwanderungsministerium. Das geht, wenn man will! Und es würde dabei helfen, aus dem Krisenmodus herauszukommen und langfristige Strategi-

en zu erarbeiten. Migration, Flucht und Entwicklung müssen zusammengedacht werden. Und wir brauchen eine Verbesserung der europäischen Zusammenarbeit. Dabei sollten wir nicht auf Zwang und Top-down-Ansätze setzen wie beim EU-Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge. Warum nicht das Prinzip umkehren und probierhalber Kommunen die Möglichkeit geben, sich für die Erstunterbringung zu bewerben? Als Kompensation gäbe es attraktive Finanzmittel.

**Nehmen wir zum Schluss nochmals das Geschichtsbuch 2050 in die Hand. Wurde die Krise zur Chance? Und wenn ja, wie?**

**Münch:** Das Erlernen der deutschen Sprache, echte Verbindungen mit der deutschen Gesellschaft und adäquate Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für alle Zuwanderungsgruppen waren wichtige Weichenstellungen von der Krise zur Chance. Integration gelang durch Zeit und die Offenheit aller Beteiligten.

**Angenendt:** Es gab einen runden Tisch mit allen relevanten Kräften, der im Konsens strategische und langfristige Lösungswege erarbeitete. Und: Es gelang, sich auf europäischer Ebene – zunächst bei einer Gruppe von Kernstaaten – auf eine gemeinsame Asylpolitik und Verantwortungsteilung zu einigen. Auch die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern wurde intensiviert. Und generell rate ich zu mehr Gelassenheit und Selbstvertrauen in der Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspolitik. \_

Die Fragen stellte Jens Hobohm.

# Blick ins Archiv: Perspektiven für Migrantinnen

Wenn Frauen mit Migrationshintergrund berufstätig sind, hat dies gesellschaftspolitisch gleich mehrere Vorteile. Eine Erkenntnis, zu der Prognos-Studien seit 1990 wesentlich beigetragen haben.

Vor 26 Jahren war die Bezeichnung „Migrant“ noch nicht obligatorisch, ebenso wenig das Attribut „Migrationshintergrund“. Auf die besonders belastete Erwerbssituation ausländischer Frauen war bei einem Hearing der damaligen Ausländerbeauftragten der Bundesregierung aufmerksam gemacht worden. Auch gab es Reportagen über Einzelschicksale. Systematische Untersuchungen dagegen fehlten – bis 1990 Prognos vom zuständigen NRW-Ministerium mit einer Untersuchung beauftragt wurde. Das Ziel: Systematische Erkenntnisse zur Lebenssituation erwerbstätiger Ausländerinnen. Das Vorgehen bestand darin, in der statistischen Analyse die Strukturen der Erwerbsbeteiligung und Erwerbstätigkeit von Ausländerinnen herauszuarbeiten und mittels biografischer Interviews nachzuzeichnen, wie sich diese Strukturen in individuellen Lebensläufen konkretisieren. Dazu führte Prognos 150 Interviews mit erwerbstätigen Ausländerinnen. „Mithilfe der Lebensläufe wurde die Mehrfachbelastung greifbar“, erinnert sich die damalige Projektleiterin Dr. Heidrun Czock (heute: ebb Entwicklungsgesellschaft für berufliche Bildung). Die Belastungen entstanden durch die Familientrennung zu Beginn der Arbeitsmigration, beengte Wohnverhältnisse, eine fehlende Entlastung bei der Kinderbetreuung, eine besonders belastende Arbeit, die rechtliche Unsicherheit über den Verbleib in Deutschland und die Sorge um die Zukunftschancen der Kinder. „Die Frauen erhofften sich mehr Vorbilder: Ausländische Frauen, die es in eine gute Arbeit geschafft haben. Damit ihren Töchtern eine Perspektive aufgezeigt wird“, so Czock.

Diese Ergebnisse sind nach wie vor überraschend aktuell. In den Jahren 2010 bis 2014 führte Prognos gemeinsam mit dem Bundesfamilienministerium weitere Untersuchungen zum Thema durch. Erstmals wurden bundesweite, umfassende Daten- und Analyseer-

gebnisse zur Gruppe der Mütter mit Migrationshintergrund geschaffen – 2,4 Millionen Mütter mit 4,1 Millionen Kindern unter 18 Jahren. Es wurde deutlich, wer die Frauen und ihre Familien eigentlich sind, ob und wie sie arbeiten und welchen Bildungsstand sie haben. In zwei weiteren Projekten analysierte Prognos dann erstmalig systematisch und umfassend die Herausforderungen und Erfolgsfaktoren der Erwerbsintegration von Müttern mit Migrationshintergrund. 2011 wurde die erste Studie zum Thema durchgeführt, 2012/13 dann die Wirkungsanalyse zum Bundesprogramm „Ressourcen stärken – Zukunft sichern“. Ausgewählte Ergebnisse erschienen in der Broschüre „Integration mit Zukunft: Erwerbsperspektiven für Mütter mit Migrationshintergrund“.

Heute ist nicht zuletzt dank dieser Untersuchungen klar, dass der Erwerbsintegration von Müttern mit Migrationshintergrund aus integrations-, familien- und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten eine zentrale Bedeutung zukommt. Sie stärkt nicht nur die wirtschaftliche Situation der Familie, sondern verbessert die gesellschaftliche Integration der Müt-

ter und die Teilhabechancen ihrer Kinder. Schließlich werden Erwerbspotenziale für den Arbeitsmarkt erschlossen, die in einigen Berufsfeldern, wie z. B. der Pflege, den Fachkräftemangel abmildern können.

Es gilt, Verwaltung, Jobcenter und Unternehmen für die Potenziale zu sensibilisieren und die vorhandenen Angebote für die Zielgruppe zu öffnen und miteinander zu verzahnen. Da die Problematik mehrere Dimensionen betrifft, ist auch klar, dass ein ressortübergreifender Ansatz notwendig ist. Das kann funktionieren. So hat beispielsweise das Bundesfamilienministerium mit der Bundesagentur für Arbeit einen starken strategischen Partner für das aktuell laufende Programm „Stark im Beruf“ gewonnen. \_



# Wie Verwaltung und Bürger gemeinsam mehr schaffen

Das Potenzial der Zusammenarbeit zwischen Behörden und Zivilgesellschaft ist groß. Durch einen Wandel ihres Selbstverständnisses und neue Kompetenzen kann die Verwaltung das Engagement bestmöglich gestalten.

2015 zeigte das vorhandene Potenzial für zivilgesellschaftliches Engagement in Deutschland. Viele Bürger sind bereit, die Neuankömmlinge bei der Bewältigung der Herausforderungen zu unterstützen, und auch viele Unternehmen bieten unentgeltlich Hilfe an. Gemeinsam unterstützen sie auch die Kommunen bei ihren Versorgungsaufgaben und bei der Integrationsarbeit. Dort, wo Verwaltung und Zivilgesellschaft vertrauensvoll und umfassend zusammenarbeiten, ist der Widerstand gegen Flüchtlingsunterkünfte geringer und es gelingt besser, die ersten Schritte zur Integration zu gehen. Damit wird der schon länger prognostizierte Trend zu mehr Kooperation und Koproduktion zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung bestätigt.

## „Die klassische Handlungslogik von Verwaltung überwinden.“

Die Erfahrungsberichte aus den Kommunen zeigen zugleich, dass die reibungslose Einbindung der vielen Engagierten eine große Herausforderung für die Verwaltung ist. Bürger planen Initiativen, gestalten Umsetzungsoptionen mit und möchten bei der Auswahl von Alternativen mitreden. Sie fordern Transparenz, informieren sich über die Umsetzung und hinterfragen Entscheidungen von Politik und Verwaltung. Dabei halten sie sich jedoch oft nicht an verwaltungsintern festgelegte Zuständigkeiten und Entscheidungsprozesse.

Gleichzeitig soll die Verwaltung aber Herr des Verfahrens bleiben und Gleichbehandlung, Mindeststandards im Leistungsumfang und Rechtssicherheit garantieren. Daher muss die klassische „geschlossene“ Handlungslogik von Verwaltung immer häufiger überwunden werden. Die Organisation muss durchlässiger werden, um Impulse der Zivilgesellschaft aufgreifen zu können. Dies gelingt, wenn neue Kompetenzen einen Kulturwandel in der Verwaltung anregen.



Freiwillige Programmierer in Berlin: Hier entstehen Tools für Geflüchtete und Helfer, etwa für die Koordination der Ehrenamtlichen oder das Wartemanagement beim Amt.

Gefordert sind eine neue Rolle und neue Kompetenzen in der Verwaltung. Die Verwaltungsmitarbeiter sind nicht mehr alleinige Experten und Lieferanten von Leistungen, sondern partnerschaftliche Coaches, Moderatoren und Unterstützer.

### Gefragt sind daher:

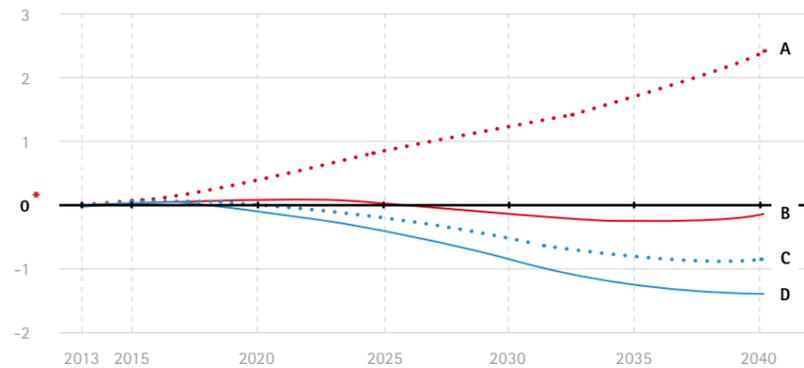
- » Netzwerk- und Beziehungsmanager, um den Partizipationswillen anzuregen und zu erhalten.
- » Management- und Organisationsfähigkeit, um das veränderte staatliche Steuerungsverständnis umzusetzen.
- » Kreativität und Veränderungsfähigkeit, um flexibel auf unterschiedliche Anforderungen und Lösungen reagieren zu können.
- » Projektmanagementkompetenz, um Projekte mit internen und externen Partnern zu steuern.
- » Konfliktfähigkeit und Empathie, um auch in kritischen Situationen angemessen zu reagieren und zwischen unterschiedlichen Interessen moderieren zu können.

Um die Herausforderungen der nächsten Jahre bewältigen zu können, müssen Deutschlands Kommunen den zivilgesellschaftlichen Gestaltungswillen ernst nehmen und das Potenzial ihrer Bürger aufgreifen. Die Personalentwicklung in den Kommunen sollte daher zum erforderlichen Kulturwandel beitragen und die Kompetenzen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit aufbauen. \_



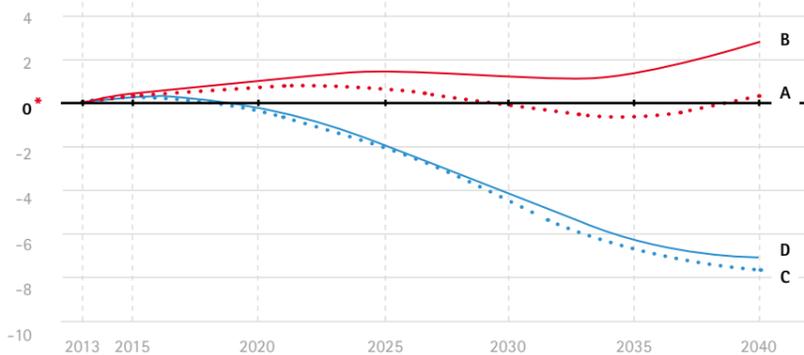
David Wilkskamp  
david.wilkskamp@prognos.com

ABB. 1: ENTWICKLUNG DER PERSONEN MIT NIEDRIGER QUALIFIKATION  
in Mio. Personen



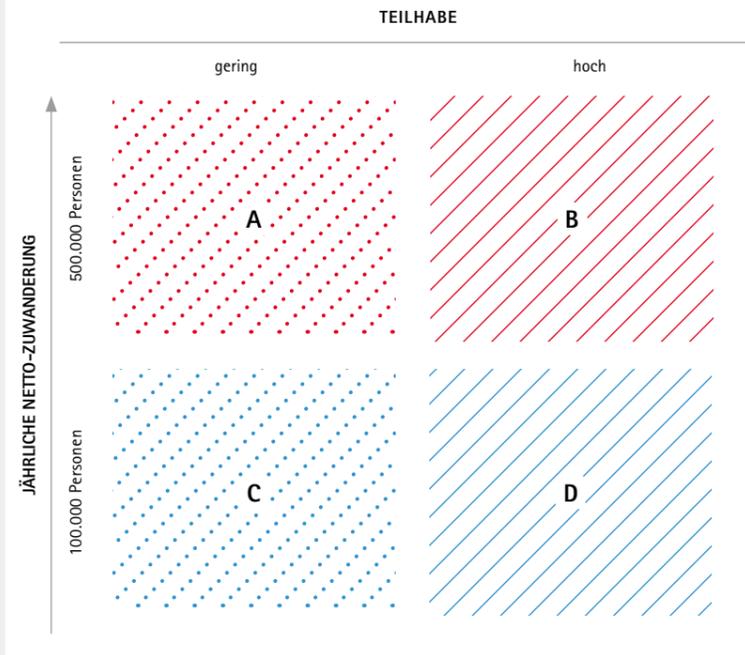
\* Personen mit niedriger Qualifikation im Alter zw. 15 u. 65 Jahren im Jahr 2013: 7,3 Mio.

ABB. 3: ENTWICKLUNG DER PERSONEN MIT BERUFSQUALIFIZIERENDEM ABSCHLUSS  
in Mio. Personen



\* Personen mit einem berufsqualifizierenden Bildungsabschluss im Alter zw. 15 u. 65 Jahren im Jahr 2013: 39,0 Mio.

## DIE VIER SZENARIEN



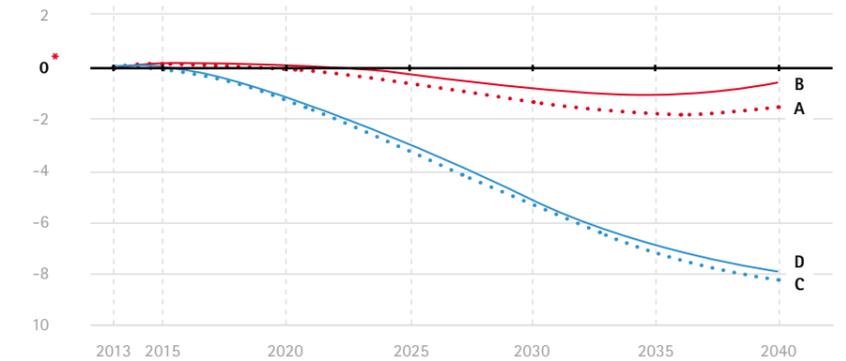
Wir unterscheiden einerseits zwischen

- » einer schwächeren (Netto-) Zuwanderung von langfristig 100.000 Personen p. a. und
- » einer starken (Netto-) Zuwanderung von 500.000 Personen p. a.

Andererseits unterscheiden wir hinsichtlich der Teilhabe dieser Zuwanderer am gesellschaftlichen Leben, und zwar zwischen

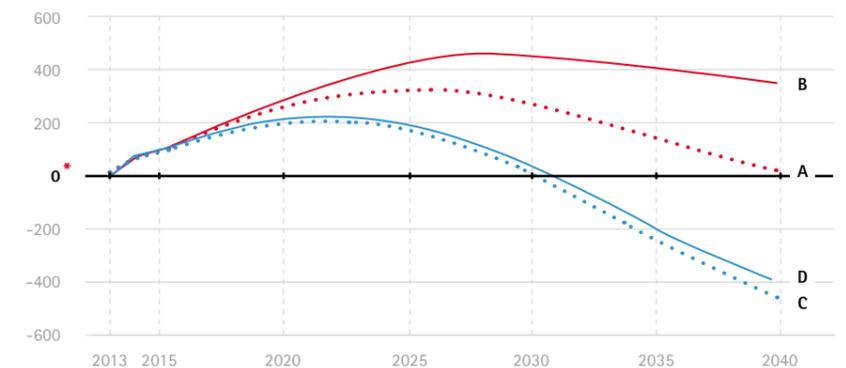
- » einer Situation, in der diese Zuwanderer im Durchschnitt der aktuell in Deutschland lebenden Bevölkerung mit Migrationshintergrund entsprechen (diese Gruppe hat im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund statistisch betrachtet seltener einen Schul- oder berufsqualifizierenden Abschluss, ist im Schnitt weniger gut in den Arbeitsmarkt eingebunden, hat ein höheres Risiko von Erwerbslosigkeit und Armut). Die Situation bildet die Risiken der Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte ab;
- » einer Situation, in der die Zuwanderer im Durchschnitt der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund entsprechen. Diese Situation steht exemplarisch für eine erfolgreiche Integrationspolitik.

ABB. 2: ENTWICKLUNG DER ERWERBSPERSONEN  
in Mio. Personen



\* Erwerbspersonen im Jahr 2013: 44,5 Mio.

ABB. 4: ENTWICKLUNG DES BEDARFS AN KINDERBETREUUNGSPLÄTZEN  
in Tsd.



\* Kinder in Kindertageseinrichtungen im Jahr 2013: 3.213 Tsd. Personen

# Deutschland – mit und ohne

## Vier Zuwanderungsszenarien geben Hinweise, wie Deutschland im Jahr 2040 aussehen könnte.

Die Ergebnisse der oben dargestellten Modellrechnungen veranschaulichen die Chancen einer gelungenen Integrationspolitik mit qualifizierter Zuwanderung. Sie zeigen aber auch die Risiken der bisherigen Einwanderungspolitik. Der Blick reicht dabei bis ins Jahr 2040.

### Die Szenarien

Eine Nettozuwanderung von 100.000 Personen p. a. bis 2040 (Szenarien C, D) mag niedrig erscheinen, ist aber nicht unrealistisch: Sie entspricht dem Schnitt der 2000er-Jahre, die aktuell hohen Zuwandererzahlen bilden historisch eine

Ausnahme. Zudem haben groben Schätzungen zufolge nur etwa 50% der aktuellen Asylsuchenden eine Bleibeperspektive.

Die Zahl von 500.000 Personen (Szenarien A, B) mag hingegen zunächst hoch erscheinen. Das hat Deutschland außer 2014 und 2015 selten erreicht, zuletzt in den 1990ern. Doch für andere Einwanderungsländer wie z. B. Kanada, Norwegen und die Schweiz ist eine langfristige Zuwanderung dieser Größenordnung (gemessen an der Bevölkerungsgröße) längst Realität.

Kaum realistisch ist es, dass wirklich alle – insbesondere ältere – Zuwanderer in ihrem eigenen Leben noch den gleichen Grad an Teilhabe erreichen werden wie die übrige Bevölkerung. Möglich wäre aber, dass ein Zuwandererkind, das heute in Deutschland geboren wird, im Jahr 2040 einen ähnlich hohen Grad an Teilhabe erreicht haben kann wie eine Person ohne Migrationshintergrund. Wir unterstellen also ein Angleichen der Teilhabemöglichkeiten. Die beiden Szenarien mit hoher Teilhabe stehen exemplarisch für einen Zustand, in dem dies gelingt (Szenarien B, D).

### Die Ergebnisse (Abb. 1–4)

Die Ergebnisse zeigen zunächst einige Folgen für den Arbeitsmarkt (Abb. 1–3). So zeigt ein Vergleich zwischen den beiden Szenarien mit schwächerer Zuwanderung, dass eine höhere Teilhabe zwar positiv auf das Fachkräfteangebot wirkt, der Effekt aber quantitativ begrenzt ist (Szenarien C, D in Abb. 2, 3).

Deutlich positiver wirkt eine höhere Teilhabe dagegen in den Szenarien mit mehr Zuwanderung (A, B). Sie führt nicht nur dazu, dass Deutschland immerhin annähernd sein Arbeitskräfteangebot halten kann (Abb. 2), sondern sogar zu einem Anstieg der Personen mit berufsqualifizierendem Bildungsabschluss (Abb. 3). Eine niedrige Teilhabe hingegen führt zu einer steigenden Zahl Geringqualifizierter (Abb. 1). In einer

digitalisierten Wirtschaft mit steigenden Anforderungen an die Mitarbeiter drohen Arbeitslosigkeit und Kosten für den Sozialstaat.

Zuwanderung erfolgt jedoch nie nur in den Arbeitsmarkt. Exemplarisch für andere Lebensbereiche ist hier die Kinderbetreuung dargestellt (Abb. 4). Auch diese hat jedoch letztlich einen Bezug zur Jobsituation – liegt doch die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund derzeit noch deutlich unterhalb der anderer Frauen. Zugleich besuchen Kinder mit Migrationshintergrund seltener Kindertageseinrichtungen. Das legt den Schluss nahe, dass eine auf die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung weiblicher Zuwanderer ausgerichtete Politik auch einen Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten erfordern wird.

Die Szenarien geben Hinweise auf die langfristigen Potenziale gelungener Migrations- und Integrationspolitik. Sie zeigen: Entscheidend ist die Kontinuität der Zuwanderung und, dass ihr eine Integration in den Arbeitsmarkt folgt. All das – wie auch die parallel benötigte qualifizierte Zuwanderung – braucht allerdings schon heute langfristiges Denken und gute Konzepte. Es liegt in unseren Händen.



Dr. Stefan Moog  
stefan.moog@prognos.com

# Berufsschulen – Starthilfe für die Starthelfer

Dank ihrer besonderen Kompetenz können berufliche Schulen eine große Zahl von Geflüchteten für den Arbeitsmarkt fit machen – wenn Politik und Verwaltung die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

Nicht erst seit den Vorfällen der Silvesternacht wird in Medien und Öffentlichkeit thematisiert, dass vor allem junge Männer als Geflüchtete oder Asylbewerber nach Deutschland kommen. Die Attribute „jung“ und „männlich“ sind dabei primär negativ besetzt: Ein demografisches Ungleichgewicht erhöhe den Druck auf die Arbeitsmärkte und das Risiko für Kriminalität. Hier lohnt eine differenzierte Betrachtung.

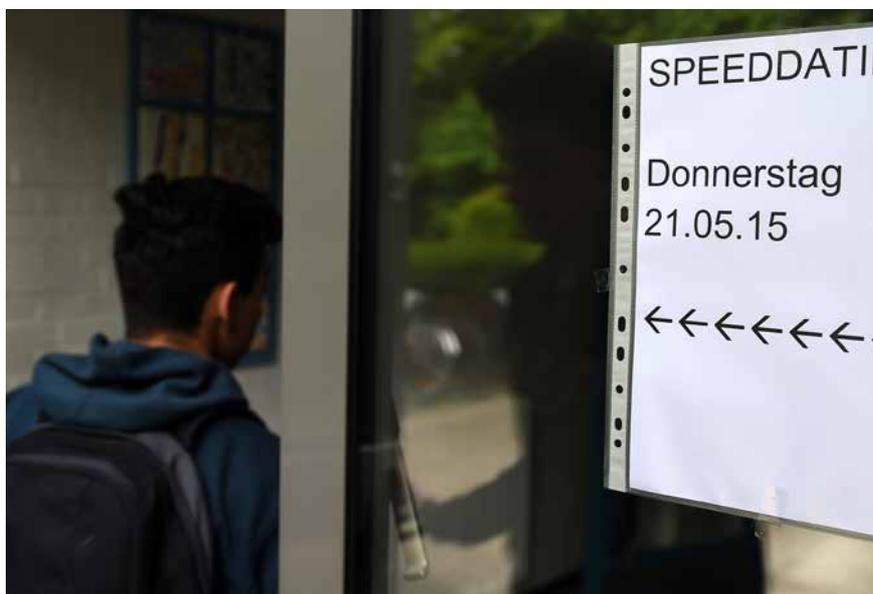
Knapp 56% der Personen, die 2015 einen Asylantrag stellten, waren unter 25 Jahre alt. Ein Hebel für ihre berufliche Integration ist eine anerkannte Berufs-

sem Sektor eine bedeutende Rolle (siehe Abb.). Auch Kammern, Unternehmensverbände und Industrie betonen, dass junge Geflüchtete eine Zielgruppe mit viel Potenzial für die betriebliche Ausbildung sind und weisen auf die wachsende Zahl unbesetzter Ausbildungsstellen hin. So wurden der Bundesagentur für Arbeit im vergangenen Ausbildungsjahr etwa 40.000 unbesetzte Stellen gemeldet, 20% mehr als im Vorjahr. Ein Trend, der sich fortsetzen wird und vor allem Branchen wie das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie das Lebensmittelhandwerk trifft.

Obwohl Bedarf vorhanden ist, die Integration von Geflüchteten in die duale Berufsausbildung ist kein Selbstläufer. Zwar ist die Mehrheit der jungen Männer und Frauen sehr motiviert, schnell berufstätig zu werden. Doch viele Geflüchtete sind mit dem deutschen System nicht vertraut. Die Bedeutung einer dualen Ausbildung erschließt sich ihnen häufig nicht. Sie ziehen ein Studium vor oder wählen den direkten Einstieg in die ungelernte Erwerbstätigkeit. Nach einer Erhebung des zuständigen Bundesamts haben nur 10% der Befragten eine Ausbildung aufgenommen. Hinzu kommt, dass selbst die wenigen erfolgreichen Beispiele mit hohen Abbruchquoten zu kämpfen haben: Knapp ein Drittel aller Jugendlichen ohne deutsche Staatsbürgerschaft löst ihren Ausbildungsvertrag vorzeitig auf. Das sind sieben Prozentpunkte mehr Vertragsauflösungen als bei den deutschen Auszubildenden. Es gibt noch keine aussagekräftigen Zahlen zur Gruppe der Geflüchteten, doch vermutlich wird der Anteil der Vertragslösungen dort nochmals höher liegen.

Es besteht also ein verstärkter Handlungsbedarf bei der Berufsorientierung und Ausbildungsvorbereitung. Zudem müssen auch potenzielle Ausbildungsbetriebe besser beraten und unterstützt werden. Die beruflichen Schulen spielen hierbei eine zentrale Rolle. In ihre Zuständigkeit fällt die Ausbildungsvorbereitung für Jugendliche, welche die allgemeinbildenden Schulen verlassen haben. Entsprechend schlagen sich die gestiegenen Flüchtlingszahlen auch in den Neuzugängen in den ausbildungsvorbereitenden Klassen nieder.

Da mit einem weiteren Anstieg zu rechnen ist, gibt es in einigen Bundesländern bereits spezifische Angebote. In Bayern wurde 2010 ein Pilotprojekt mit Bildungsangeboten für berufsschulpflichtige Asylbewerber und Geflüchtete gestartet. Der Unterricht ist auf fehlende Sprachkenntnisse, Heterogenität und mögliche Traumatisierungen eingestellt.



Kennenlernaktion von Bremer Unternehmen für potenzielle Azubis: An Initiative fehlt es häufig nicht, doch im Ausbildungsverlauf fehlt die systematische Unterstützung für beide Seiten.

ausbildung in schulischer oder dualer Form. Bedarf ist vorhanden: In vielen Sektoren verschärft der Fachkräftemangel sich schon heute. So könnte die erfolgreiche Integration von Zuwanderern künftig helfen, die gesundheitliche Versorgung in Deutschland sicherzustellen, wie eine Prognos-Studie für das Bundesgesundheitsministerium aus dem Jahr 2015 zeigt. Schon heute spielen Beschäftigte mit Migrationshintergrund in die-

Ein Blick in die Praxis zeigt, dass viele Betriebe noch Schwierigkeiten haben, mit kultureller Vielfalt umzugehen. Nach wie vor sind Jugendliche ohne deutsche Staatsbürgerschaft in der dualen Ausbildung unterrepräsentiert: Nur etwa ein Drittel begann 2013 eine Ausbildung, bei ihren deutschen Alterskollegen waren es hingegen weit über die Hälfte.

Derzeit gibt es rund 440 solcher Klassen, deren Anzahl sich bis 2016/17 verdreifachen soll. Hierfür schafft das Land 2.000 Stellen für Lehrkräfte und Psychologen. Auch in Hamburg rückten die Berufsschulen wegen der steigenden Flüchtlingszahlen in den Fokus des politischen Interesses. Im Februar 2016 wurde das Modell der „Dualisierten Ausbildungsvorbereitung für Migrantinnen und Migranten (AVM-Dual)“ eingeführt.

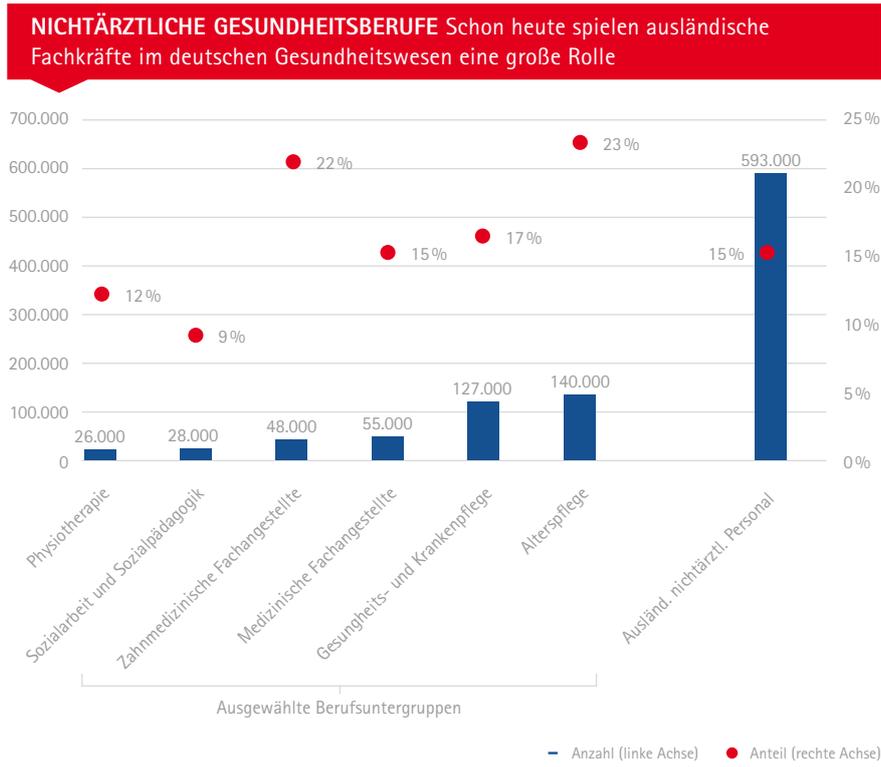
Vieles spricht dafür, die Rolle der beruflichen Schulen bei der Integration von Geflüchteten zu stärken:

- » Berufliche Schulen sind es gewohnt, mit einer heterogenen Schülerschaft umzugehen, da das Spektrum ihrer Schüler von förderbedürftigen Jugendlichen bis zu ausgebildeten Gesellen in weiterbildenden Fachschulen reicht.
- » Berufliche Schulen sind meist in engem Kontakt mit den Betrieben aufgrund ihrer langjährigen Zusammenarbeit in der dualen Ausbildung. Dieser Zugang kann auch für die neue Zielgruppe genutzt werden, um Praktika oder berufliche Erprobungen zu organisieren.
- » Für die Geflüchteten selbst bringt ein täglicher Schulbesuch Struktur und etwas Normalität in ihren Alltag.
- » Darüber hinaus gibt es in einer beruflichen Schule mehr Gelegenheit zu Kontakt mit anderen Schülern als in spezifischen Einrichtungen oder Angeboten von Trägern.

Die CDU schlägt nun vor, die Schulpflicht für Geflüchtete ohne Schulabschluss auf 25 Jahre zu erhöhen. Sinnvoll ist dies nur, wenn auch die Folgen für die beruflichen Schulen in die Überlegungen einbezogen werden. Sie sollten systematisch unterstützt und zu einem zentralen Akteur bei der Integration junger Geflüchteter ausgebaut werden.

Schulen benötigen nicht nur mehr Ressourcen, sondern auch die Möglichkeit, flexibler zu agieren, indem sie beispielsweise unterjährig neue Klassen einrichten können. Die Entwicklung hin zu mehr Selbstverwaltungskompetenzen, die bereits in vielen Bundesländern stattfindet, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Schulen eignen sich auch, um weiterführende Beratungs- und Unterstützungsangebote anzudocken. Jugendliche können dort direkt erreicht werden und



Anteil ausländischer Erwerbstätiger in nichtärztlichen Berufsuntergruppen an allen Erwerbstätigen in nichtärztlichen Gesundheitsberufen

Quelle: Prognos/Statist. Bundesamt 2015 (Mikrozensus)

müssen nicht selbst den Weg zur Berufsberatung oder zu einer Ausbildungsmesse der Kammern finden. Dies setzt jedoch ein Schulformat voraus, das außerschulische Inhalte in den Unterrichtsablauf integriert.

Vieles spricht dafür, dass zusätzlich eine sozialpädagogische Begleitung notwendig sein wird, um die Geflüchteten gezielt beim Einstieg in die Ausbildung zu begleiten. Diese Fachkräfte können bei der Suche nach Praktikumsplätzen helfen, bei Problemen als Mediatoren wirken und den Schülern bei Amtsgängen und ähnlichem zur Seite stehen. In Baden-Württemberg informieren sogenannte Kümmerer junge Geflüchtete über Berufe und Chancen einer Ausbildung und vermitteln diese passgenau in Praktika und Ausbildung. Sie unterstützen die Geflüchteten und die Betriebe in der ersten schwierigen Phase der Ausbildung. Die assistierte Ausbildung der Bundesagentur für Arbeit greift diese Idee ebenfalls auf, allerdings noch nicht spezifisch auf die Zielgruppe zugeschnitten und in Strukturen, die parallel zu den beruflichen Schulen laufen.

Dieses Beispiel macht deutlich: Auf den Prüfstand gehört auch das Zusammenspiel der Bundesagentur für Arbeit und der berufsbildenden Schulen. Gerade bei

Geflüchteten wird die Entscheidung zwischen Schulbesuch und Maßnahmen der Arbeitsagentur häufig eher von Ressourcenfragen als vom tatsächlichen Unterstützungsbedarf der Einzelnen bestimmt. Die unterschiedliche Zuständigkeit von Ländern und Bund bei der beruflichen Bildung bzw. Arbeitsmarktpolitik schafft ungünstige Ausgangsbedingungen für ein gemeinsames und einheitliches Vorgehen. Gerade weil die große Aufgabe der Integration junger Geflüchteter die enge Zusammenarbeit mit verschiedenen Bundes- und Landesbehörden erfordert, scheint ein föderaler Flickenteppich hier nicht sinnvoll. \_



Kristina Stegner  
kristina.stegner@prognos.com

# Mein Rat an Deutschland

In turbulenten Zeiten kann es sich lohnen, auf kluge Köpfe zu hören – besonders, wenn diese durch ihre Lebens- oder Berufserfahrung einen Blick von außen mitbringen. Vier renommierte Stimmen und ihr „Rat an Deutschland“:



**Nava Hinrichs**

Geschäftsführerin, The Hague Process on Refugees and Migration

„Die Kooperation von Privatwirtschaft und Städten ist unerlässlich, um die beträchtlichen Talente und Fertigkeiten, die Migranten oft ins Gastland mitbringen, auszuschöpfen und das gesamte Potenzial der Migration zu nutzen. Erwerbstätigkeit ist eine Schlüsselkomponente der Integration und ein Mittel, um die Migranten sowie die solidarische Gesellschaft zu stärken.“

„Je ungleicher der Lebensstandard, desto mehr Einwanderungsbegehren als Flüchtling oder Arbeitssuchender, gerade im global-mobilen 21. Jahrhundert. Ergo: Nullchancen für Steuerung. Stattdessen: Milliarden an Aufbauhilfen in die Krisenregionen, Asylanträge übers Internet und gezielte Einwanderungsprogramme.“



**Barbara John**

Vorstandsvorsitzende Parität Berlin und ehem. Ausländerbeauftragte im Berliner Senat



**Gabriele Krone-Schmalz**

Fernsehjournalistin und Autorin

„Sofort: Schluss mit Polarisierung und Heuchelei. Chancen und Risiken benennen. Ohne Glaubwürdigkeit in Politik und Medien keine Demokratie. Strategisch: Faire Handelspolitik statt Freihandel, der Afrika kaputt macht. Hände weg von Regime-Change-Ideen. National schwierig, klar – aber aus der Atomenergie ist Deutschland ja auch alleine ausgestiegen.“



„2015 war auch eine Chance. Viel getan hat sich etwa bei Sprachkursen und der Analyse von Kompetenzen der Neuankömmlinge. Wenn in diesen Bereichen alles flächendeckend so umgesetzt wird, wie es sich jetzt im Aufbau befindet, wird Deutschland international eines der führenden Länder im Bereich der Integrationspolitik sein.“

**Dr. Thomas Liebig**

Leitender Ökonom in der Abteilung für Internationale Migration der OECD

# Wendepunkt für Wohnungs- und Immobilienmärkte

Ohne ein deutlich erweitertes Wohnungsangebot wird der Druck in den Ballungsräumen weiter steigen. Wer eine Wohnung sucht, spürt das. Gerade junge Familien, Studierende und Zuwanderer sind betroffen.

Deutsche Wohnungsmärkte erleben eine bemerkenswerte Renaissance. Grund sind ein niedriges Zinsniveau und die Zuwanderung aus dem Ausland in Verbindung mit einer Konzentration der Binnenwanderung auf Metropolen und urbane Räume. Seit 2010 erleben wir einen deutlichen Zuzug aus Süd- und Osteuropa, der nun von steigenden Flüchtlingszahlen überlagert wird. Von 2011 bis 2014 wuchs die Bevölkerung um knapp 900.000 Einwohner. Im Jahr 2014, also vor der Migrationswelle, erreichte der Wanderungssaldo mit 550.000 Personen einen vorläufigen Höhepunkt. Die Zuwanderer verteilen sich regional sehr unterschiedlich. Auf 20% aller Kreise und kreisfreien Städte entfallen knapp 60% der internationalen Zuwanderung.

Der deutlich wachsenden Wohnungsnachfrage steht ein ausgesprochen träges Wohnungsangebot gegenüber. Durch Zuwanderung und Haushaltsbildung stieg die Nachfrage von 2011 bis 2014 um über 700.000 Haushalte. Gleichzeitig wuchs das Angebot nur um knapp 600.000 Wohnungen.

Unabhängig von den Geflüchteten, die bisher noch nicht im vollen Maße die Wohnungsnachfrage beeinflussen, wurde in den letzten Jahren zu wenig neuer Wohnraum geschaffen. Vor allem in Metropolregionen und urbanen Räumen mangelt es an Wohnungen. In rund 19% aller Kreise und kreisfreien Städte wird die Fluktuationsreserve (der nötige Spielraum für Wohnungswechsel und Modernisierung) bzw. die marktkonforme Leerstandsquote von 3% bereits deutlich unterschritten. Neuer Wohnraum fehlt gerade dort, wo dynamische Wohnungsmärkte und hohe Zuwanderung zusammenkommen.

Der Mangel führt zu einem Boom der Immobilienpreise. Dabei galoppieren die Kaufpreise von Wohnimmobilien den Mieten und der Einkommensentwicklung davon. Überhitzungstendenzen sorgen für sinkende Mietrenditen und wachsende Marktrisiken.



Schlange stehen für eine Wohnungsbesichtigung, hier im Münchener Glockenbachviertel, gehört in vielen Ballungszentren inzwischen zum Alltag.

Bei einem Anteil der Wohnkosten von deutlich über 40% des Haushaltseinkommens wird die Bezahlbarkeit von Wohnraum zu einer Herausforderung. Den überhitzten Zentren droht mittelfristig ein Nachwuchsproblem, wenn junge und qualifizierte Menschen sich ein städtisches Leben nicht mehr leisten können oder wollen. Gerade dort, wo neue Fachkräfte gebraucht werden, werden enge Wohnungsmärkte zu Standortrisiken für Unternehmen. International boomende Immobilienmärkte wie London oder San Francisco machen Fehlallokationen und Exzesse des dauerhaften Nachfrageüberhangs sichtbar. Die Konsequenzen eines dauerhaften Ungleichgewichts an den Wohnungsmärkten sind:

- » Kaufkraftverluste
- » Verdrängungseffekte in Randlagen
- » Überbelegung

Dies spüren gerade neue Marktteilnehmer und Zuwanderer in die Boomregionen. Die urbanen Wohnungsmärkte stehen angesichts des hohen Drucks vor einem Wendepunkt. Dass sich die Außen- und Binnenmigration dauerhaft abschwächt oder räumlich anders ver-

teilt, ist nicht zu erwarten. Deutschland braucht Zuwanderung, und qualifizierte Fachkräfte – ob zugewandert oder nicht – müssen es sich leisten können, dort zu leben, wo sie gebraucht werden. An der erheblichen Erweiterung des Wohnungsangebots führt kein Weg vorbei – und gerade in Märkten mit hohem Nachfragedruck muss sie zügig erfolgen. Dabei wird die alleinige Bestands- und Innenentwicklung nicht ausreichen. Planungs- und Genehmigungsprozesse müssen beschleunigt werden, zusätzliche Wohnbauflächen im Außenbereich sind nach Bedarf auszuweisen und zu erschließen. Die großen Städte werden diese Herausforderungen nur ansatzweise allein lösen können. Im Dialog mit Umlandgemeinden braucht es bedarfsorientierte Wohnraumkonzepte für funktionale Wohnungsmärkte im Stadt-Umland-Kontext. \_



# Eine gute Idee

Zuwanderung und Teilhabe brauchen gute Ideen. Sechs Prognos-Experten skizzieren innovative Vorschläge aus ihren Fachbereichen.

## ... für die interkulturelle Öffnung von Institutionen

Sprache gilt als Schlüssel zur Integration, öffnet aber nicht alle Türen. Dies wird deutlich, sobald neu Zugewanderte auf Jobcenter, Bildungs- und medizinische Einrichtungen, Unternehmen etc. in Deutschland treffen. Hier müssen kulturelle Identitäten jenseits von Sprache berücksichtigt werden. Institutionen sollten sich auf die neu Zugewanderten als Zielgruppe ihrer Arbeit, aber auch als zukünftige Arbeitskräfte und Kollegen einstellen und sich – gemeinsam mit

ihnen – weiterentwickeln. Dabei geht es zum einen darum, das Personal für kulturelle Besonderheiten zu sensibilisieren, zum anderen, den Zugewanderten offen zu begegnen, um ihre Potenziale als Arbeitnehmer zu erkennen und ihre Kompetenzen bei der interkulturellen Öffnung zu nutzen. Für beide Ansätze gibt es bereits gute Praxisbeispiele (wie etwa der interkulturelle Öffnungsprozess in der Arbeitsmarktverwaltung im Jobcenter Landkreis Tübingen), die es

– im Sinne lernender Institutionen – weiterzuentwickeln und in die Breite zu tragen gilt. \_



Pina Nell

[pina.nell@prognos.com](mailto:pina.nell@prognos.com)

## ... für Menschen, die nicht lesen können

Als Gesundheits- und Krankenpfleger erlebte ich oft Folgendes: Ich bitte eine Patientin oder einen Patienten, etwas auszufüllen. Die Antworten: „Ich habe meine Brille nicht dabei.“ oder „Ich warte auf meine Angehörigen.“ Erst während meines Studiums erfuhr ich, dass es sich dabei oft um funktionale Analphabeten handelt. Migranten sind davon überdurchschnittlich häufig betroffen. Menschen mit geringen Lese- und Schreibkenntnissen sind häufiger krank und leben weniger gesund, denn sie können Gesundheitsinformationen nicht lesen

und meiden Arztpraxen aus Angst davor, ihr Analphabetismus könnte offenkundig werden. Das erhöht wiederum das Risiko, krank zu werden. Wie lässt sich dieser Teufelskreis durchbrechen? Abbildungen können komplizierte medizinische Sachverhalte verdeutlichen. Und wenn Erwachsene sich entscheiden (nochmals) Lesen und Schreiben oder eine neue Sprache zu lernen: Warum sollte man sie dabei nicht gleichzeitig über Gesundheit informieren, statt ihnen Abenteuer von Anne und Uli zu erzählen? Darüber hinaus ergibt sich durch

ein Ineinandergreifen von Bildung und Gesundheit die Chance, nicht nur den Einzelnen zu helfen, sondern langfristig Kosten zu senken. \_



Markus Anders

[markus.anders@prognos.com](mailto:markus.anders@prognos.com)

## ... für gemeinsame Aktivitäten von Alt- und Neubürgern

Geht es beim Flüchtlingsthema um Beteiligung der Öffentlichkeit, wird zunächst an die Anwohner gedacht. Auf Veranstaltungen erhalten sie Informationen über geplante Flüchtlingsunterkünfte und können Anregungen einbringen. Die frühzeitige Einbindung ist wichtig für die Akzeptanz. Sobald die Unterkünfte bezogen sind, organisieren Mitarbeiter von Wohlfahrtsverbänden und Kommunen sowie Ehrenamtliche zahlreiche gemeinsame Aktivitäten: Alte und neue Quartiersbewohner zeigen einander ihre Lebenswelten und Tradi-

tionen, gemeinsame Feste stärken das Gemeinschaftsgefühl. Warum aber führt man nicht beides zusammen? Menschen, die nach Deutschland flüchten, sollten nicht nur beschäftigt werden, sondern auch beteiligt. Zusammen mit den „Alteingesessenen“ kann das eigene Umfeld gemeinsam gestaltet werden, z.B. durch die Beteiligung an der Gestaltung von Grünanlagen, Freiflächen, der eigenen Unterkunft oder durch die Mitwirkung an Mobilitätskonzepten. Das Gefühl, an einem Prozess aktiv beteiligt zu sein, schafft Vertrauen. Wenn diese Beteili-

gung alle Menschen – alte wie neue Bürger – einbezieht, leistet sie einen Beitrag zur Teilhabe an unserer demokratischen Gesellschaft. \_



Andreas Denninghoff

[andreas.denninghoff@prognos.com](mailto:andreas.denninghoff@prognos.com)

## ... für ausländische Fachkräfte und Unternehmen

Wer den Fachkräftemangel beklagt, muss neue Wege gehen. Die Integration ausländischer Arbeitnehmer ist ein möglicher Baustein dafür. Leider scheitert sie oft an fehlenden Informationen auf Seiten der Bewerber und Arbeitgeber. Konsens besteht darüber, dass die Möglichkeiten der Arbeitsaufnahme für Zuwanderer wesentlich vereinfacht werden müssen. Hierbei helfen immer häufiger Welcome Center, die als Schnittstelle fungieren, indem sie Beratungsbedarf individuell ermitteln und die Kunden gezielt an unterstützende Institutionen

oder direkt an Arbeitgeber in der Region weiterleiten. Um Fachkräfte für die Region zu begeistern, bedarf es neben einem guten Fachkräftemarketing auch einer Willkommenskultur und entsprechender Dienstleistungen, gerade für ausländische Fachkräfte. Welcome Center in den Städten bzw. Landkreisen können dazu beitragen, die Region als attraktiven Arbeits- und Lebensstandort zu positionieren. Zudem versorgen sie Firmen mit Informationen und Beratungsleistungen, etwa wenn es um rechtlich-administrative Fragen

bei der Beschäftigung von Migranten oder Kontakte zu anderen Unternehmen geht, die damit bereits Erfahrungen gesammelt haben. So entstehen neue Chancen für regionale Arbeitsmärkte. \_



## ... für Beruf und Sprache junger Geflüchteter

Was erleichtert den Zugang zu beruflicher Bildung für junge Geflüchtete? Und wie können gerade kleinere Betriebe Unterstützung bei der Besetzung von Ausbildungsstellen erhalten? Ein Ansatzpunkt ist eine Starthilfe durch erfahrene ehrenamtliche Fachkräfte in Lernwerkstätten. Durch solche „Job & Life-Praktika“ könnten einerseits berufspraktische und fachsprachliche Kompetenzen erworben werden. Andererseits stünden ältere Freiwillige den jungen Geflüchteten mit ihrer Erfah-

rung im Alltagsleben zur Seite. Es lohnt ein Blick auf innovative Modelle wie beispielsweise auf die Lernwerkstätten für Geflüchtete in Schwäbisch-Gmünd oder München. Es gilt, Konzepte zu entwickeln, die den Bedarf der jungen Geflüchteten und der künftigen Arbeitgeber berücksichtigen und gleichzeitig die Ehrenamtlichen in ihrer Aufgabe unterstützen, etwa durch Qualifizierung und Supervision. Zentrale Erfolgsvoraussetzung hierfür ist die Vernetzung lokaler Akteure – z. B. von Ämtern,

Kammern, Betrieben, Ausbildungsstätten, Verbänden, Initiativen und Jobcentern. \_



## ... für Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund

Der Besuch einer Betreuungseinrichtung hat unmittelbar positive Effekte auf die Entwicklung und Teilhabe von Kindern, was ihnen später den schulischen und beruflichen Bildungsweg erleichtert. Dies gilt insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund. Neben dem Spracherwerb ermöglichen Kitas Begegnungen von einheimischen und zugewanderten Familien und damit individuelle Zugangswege in unsere Gesellschaft. Deshalb verdient der weitere Ausbau der Betreuungsangebote und -qualität hohe politische Priorität. Damit Geflüchtete von den Betreuungsangeboten profitie-

ren, können kommunale Familienmanager zielgruppengerecht informieren, Vorbehalte der Eltern abbauen sowie aufsuchend unterstützen. Hinderliche Elternbeiträge sollten abgeschafft und die Einführung einer Kitapflicht ab dem vierten Lebensjahr erwogen werden. Denn Kitas bieten nicht nur Betreuung, sondern auch vorschulische Bildung. Außerdem erleichtert Kinderbetreuung in räumlicher Nähe und zeitlich parallel zu Sprach- und Integrationskursen die Teilnahme der Mütter. Hier kann zivilgesellschaftliches Engagement eingebunden werden. Mit den Lokalen Bündnis-

sen für Familie existieren in zahlreichen Kommunen bereits geeignete Strukturen, die dafür eine Plattform bilden können. \_



# Ohne Investitionen wird Zuwanderung erst richtig teuer

Das wichtigste Integrationsziel muss der qualifizierte Arbeitsmarkt sein – auch wegen seiner entscheidenden Bedeutung für das kulturelle Miteinander.

Die aktuelle Flüchtlingssituation stellt Deutschland zum dritten Mal in der Nachkriegsgeschichte vor die Herausforderung, innerhalb kurzer Zeit die Integration ausländischer Bevölkerungsgruppen zu bewältigen. Ein Blick zurück kann helfen, Chancen für die heutigen Migranten und für Deutschland zu nutzen und drohende Fehlentwicklungen zu vermeiden.

„Es drohen Folgekosten bis in die dritte Generation.“

Die wohl wichtigste Erfahrung ist: Wo immer es der Aufenthaltstitel zulässt, sollte von einem dauerhaften Verbleib der Geflüchteten in Deutschland ausgegangen werden. Ausgaben für Integration sind daher als Investition zu begreifen: Von einer frühzeitigen Einbindung der Zuwanderer wird Deutschland langfristig profitieren, bei Fehlentwicklungen dagegen Gefahr laufen, soziale Folgekosten bis in die zweite oder dritte Generation zu tragen.

Außerdem zeigt der Rückblick: Wenn in Deutschland die Integration von Migrantengruppen problematisch verlaufen ist, dann aufgrund eines missglückten Einstiegs in den Arbeitsmarkt. Es rächt sich noch heute, dass die Gastarbeiter der 60er-Jahre für Arbeitsplätze angeworben wurden, die nach wenigen Jahrzehnten im fortschreitenden Strukturwandel abgebaut wurden und die Migranten in die prekäre Beschäftigung oder auch Dauer-

arbeitslosigkeit entließen. Erst in Reaktion auf diese berufliche Perspektivlosigkeit konnten sich in Teilen der zugewanderten Bevölkerung eigene arbeitsmarkt- und bildungsferne Parallelkulturen ausbilden und verfestigen. Daher ist Eile geboten, den neu zugezogenen Migranten attraktive Berufsperspektiven zu eröffnen, bevor sich durch Frustration, Unsicherheit und mangelnde Zukunftsaussichten alternative Lebensorientierungen verbreiten.

Die konjunkturellen und demografischen Rahmenbedingungen für die Erwerbsintegration sind günstig. Aber nach allem, was bekannt ist, sind die Geflüchteten bezüglich ihrer Qualifikation eine höchst heterogene Gruppe. Entsprechend individuell angepasst muss auch das Instrumentarium zur Arbeitsmarktintegration angelegt sein, beginnend beim Zugang zu Studium und Ausbildung bis hin zu intensiven und auf mehrere Jahre angelegten Qualifizierungsangeboten. Ohne umfassende Investitionen ist das nicht durchführbar. Sie werden aber bei einer dauerhaften Aufenthaltsperspektive zu ähnlichen Qualifizierungsrenditen wie bei der nicht zugewanderten Bevölkerung führen.

Aber ist angesichts der erheblichen kulturellen Unterschiede eine Integration in Qualifizierungs- und Arbeitsverhältnisse und auch in die Gesellschaft überhaupt realistisch? Hier hat sich gezeigt: Wem reelle Chancen und langfristige Perspektiven für gute Beschäftigung und gutes

Einkommen geboten werden, für den ist das Arbeiten in Deutschland attraktiv und entsprechend hoch ist die Bereitschaft, sich zu qualifizieren.

„Investitionen in Qualifizierung führen zu ähnlichen Renditen wie bei der übrigen Bevölkerung.“

Unsere individualisierte Gesellschaft, ihre Werte und ihre Kultur selbst sind zu wesentlichen Teilen das Produkt von Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat. Investitionen in die wirksame Integration in den qualifizierten Arbeitsmarkt versprechen daher eine doppelte Rendite: Gelingt die Vermittlung in qualifizierte Arbeit, wird auch die kulturelle und die gesellschaftliche Teilhabe der Zugewanderten gelingen. \_



Tilmann Knittel

tilmann.knittel@prognos.com

## Impressum

### – Herausgeber:

Prognos AG  
Unternehmenskommunikation  
Henric Petri-Str. 9  
4010 Basel | Schweiz  
Telefon: +41 61 32 73-310  
Fax: +41 61 32 73-300  
E-Mail: info@prognos.com  
www.prognos.com  
twitter.com/prognos\_ag

### – Hinweise:

Auszug/Nachdruck bei Nennung der Quelle gestattet.  
www.prognos.com/trendletter

### – Redaktionsleitung

Felizitas Janzen

### – Redaktionsteam

Andreas Heimer, Jens Hobohm, Tina Obwald, Marcel Hölterhoff (S. 11), Traudl Kupfer, Lena Middendorf (S. 7), Claudia Münch (S. 7, 16), Hanna Steidle (S. 10), Antonia Wentrot, Heike Winter-Hamerla

### – Druck:

Druckerei Arnold Berlin

### – Auflage & Vertrieb:

Print: 6.250 Exemplare; Digital: 12.000 Leser

### – Konzept, Produktion & Illustrationen:

STÜRME & DRÄNGER – Visuelle Kommunikation

### – Bildnachweise:

Titelbild: Konzeption & Gestaltung STÜRME & DRÄNGER  
Seite 3, 6, 8, 9, 11, 13, 15, 17, 18, 19, 20: FOTOS Annette Koroll  
Seite 6: (v.l.n.r.) © Christel Köster - picture alliance / ZB, © Julian Straten-  
schulte - picture alliance / dpa, © Martin Schutt - picture alliance / dpa  
Seite 11: © Klaus-Dietmar Gabbert - picture alliance / dpa  
Seite 14: © Carmen Jaspersen - picture alliance / dpa  
Seite 16: © Hague Process, © Karlheinz Schindler - picture alliance / ZB,  
© Karlheinz Schindler - picture alliance / ZB, © Liebig  
Seite 17: © Stephan Rumpf - picture alliance / SZ Photo  
Seite 23: im Uhrzeigersinn: © BMWi/Maurice Weiss © wmr/Dominik Bartz,  
© wmr/Dominik Bartz, © Zukunft Altbau, © Kranert - Netzwerk Europäischer  
Eisenbahnen e. V., © vbw, © GDV, © MBRI

# Blick in unsere Projekte

## Was passiert mit gefährlichen Abfällen?

Gefährliche Abfälle wie Säuren, Altpestizide oder Krankenhausabfälle belasten die Umwelt und die menschliche Gesundheit. Deshalb gelten für sie strengere Regeln als für normale Abfälle. Eine Analyse von BiPRO gemeinsam mit Prognos zeigt, wie die höheren Anforderungen in der EU umgesetzt werden. Sie haben untersucht, wie gefährliche Abfälle in den 28 Mitgliedsländern gekennzeichnet, dokumentiert, überwacht und kontrolliert werden. Welche Entsorgungswege nutzen die Länder? Was können sie verbessern? Laut Eurostat 2012 besteht zudem eine Lücke von 26% zwischen den erzeugten und behandelten gefährlichen Abfällen im Durchschnitt der Länder. Zehn Staaten kamen deshalb genauer unter die Lupe: jeweils fünf Länder mit der größten Lücke und je fünf mit der kleinsten. \_

Auftraggeber:



Kontakt:

Dr. Bärbel Birmstengel  
baerbel.birmstengel@prognos.com

## Betreutes Wohnen: Wie groß ist der Bedarf heute und zukünftig?

Betreute Wohnformen werden in Zukunft stärker nachgefragt. Um den Bedarf an Betreutem Wohnen zu ermitteln, hat Prognos ein neues und deutschlandweit einzigartiges Modell entwickelt. Es ist Grundlage für den „Quick-Check Betreutes Wohnen“ der Sozialbank-Tochter BFS Immobilien-Service GmbH. Der Quick-Check macht erstmals auf statistisch und methodisch valider Basis eine Bedarfsanalyse für Betreutes Wohnen in Deutschland möglich. Er gibt eine erste Einschätzung zu Einzugsgebiet und Bedarf von Projekten für Betreutes Wohnen. Für die Berechnung werden Daten zum Standort und zur Anzahl der geplanten Wohneinheiten benötigt. Bevor das Modell offiziell an den Start ging, analysierte das Prognos-Team den aktuellen Forschungsstand und prüfte ein Pilotmodell für 18 ausgewählte Kreise. \_

Auftraggeber:



Kontakt:

Dr. Tobias Hackmann  
tobias.hackmann@prognos.com

## Effizientere Gebäude für Deutschland

Wie wird unser Gebäudebestand bis zum Jahr 2050 nahezu klimaneutral? Die „Energieeffizienzstrategie Gebäude“ des Bundeswirtschaftsministeriums soll Lösungen aufzeigen. Das zugehörige Hintergrundpapier mit einer umfassenden Bestandsaufnahme zu den Forschungsergebnissen der letzten Jahre lieferte Prognos gemeinsam mit dem Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg und dem Institut für Wohnen und Umwelt. Das Konsortium entwickelte insgesamt 15 kurz- und mittelfristig umsetzbare Politikmaßnahmen. Denn eines ist durch die Studie deutlich geworden: Wird die aktuelle Politik fortgeführt, rückt das Ziel des klimaneutralen Gebäudebestandes bis 2050 in weite Ferne. \_

Auftraggeber:



Kontakt:

Nils Thamling  
nils.thamling@prognos.com

## Neue Ideen für die Pflegepolitik

Aktuelle Prognosen der Prognos AG gehen von einer Fachkräftelücke in der Pflege von einer halben Million Vollzeitstellen bis 2030 aus. In einer Studie für die Friedrich Ebert Stiftung hat Prognos deshalb neue Lösungsansätze für eine zukünftige Pflegepolitik modelliert. Das Ergebnis: zwei unterschiedliche Reformvorschläge namens „Vorfahrt für Pflege“ und „Pflege optimal gestalten“. Mit der Idee „Vorfahrt für Pflege“ kann die Lücke auf dem Arbeitsmarkt um 60.000 bis 170.000 Vollzeitstellen reduziert werden. Der entscheidende Hebel ist die Verlängerung der Berufsverweildauer in der Pflege. Der Vorschlag „Pflege optimal gestalten“ bewirkt eine deutlich stärkere Entlastung um bis zu 238.000 Vollzeitstellen. Grund sind Anreize auf der Nachfrageseite beispielsweise hin zu einem stärkeren altersgerechten Umbau von Wohnungen. \_

Auftraggeber:



Kontakt:

Dr. Tobias Hackmann  
tobias.hackmann@prognos.com

**Prognos übernimmt „Kompetenzzentren Frau und Beruf“ in NRW**

Seit Dezember 2015 führt Prognos die zentrale Koordinierungsstelle für die „Kompetenzzentren Frau und Beruf“ in Nordrhein-Westfalen. Sie ist Schnittstelle zum Land und sorgt für den Informationsfluss zwischen den Einrichtungen. Die „Kompetenzzentren Frau und Beruf“ beraten kleine und mittlere Unternehmen dabei, weibliche Fachkräfte zu gewinnen, an sich zu binden und eine frauenfördernde Personalpolitik zu etablieren. Um das zu erreichen, geben sie beispielsweise Anregungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und helfen, die Potenziale der Frauen im Unternehmen weiterzuentwickeln. Die 16 regionalen Zentren werden vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert. Der Projektzeitraum der Landeskoordinierung läuft über drei Jahre bis November 2018. [www.competentia.nrw.de](http://www.competentia.nrw.de)

**Auftraggeber:****Kontakt:**

Dr. Dagmar Weßler-Poßberg  
[dagmar.wessler-possberg@prognos.com](mailto:dagmar.wessler-possberg@prognos.com)  
[prognos.com](http://prognos.com)

**Empfehlungen für die Regionalpolitik im Ruhrgebiet**

„Innovation und Gründung systematisch neu aufstellen“ – so lautet eine von fünf Handlungsempfehlungen aus einer Studie, die Prognos gemeinsam mit dem INWIS erstellt hat. Die Autoren untersuchen den Strukturwandel des alten Industriestandortes hin zu einer Wissenschaftsregion. Aus den Ergebnissen leiten sie Schwerpunkte für die künftige Regionalförderung ab – sowohl für das Ruhrgebiet als auch für strukturschwache Räume allgemein. Demnach ist es vor allem wichtig für den Erfolg, dass man sich intensiv über Ressortgrenzen und Politikfelder hinweg abstimmt. Vorbilder sind z. B. die „Kreativ Quartiere Ruhr“, in denen Kultur-, Gründungs- und Wirtschaftsförderung mit dem Stadtumbau zusammenwachsen. [\\_](#)

Im Auftrag des



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie

**Kontakt:**

Dr. Olaf Arndt  
[olaf.arndt@prognos.com](mailto:olaf.arndt@prognos.com)

**Neuer Industriepark: optimale Bedingungen für intelligente Produktion**

Der in der Metropole Ruhr gelegene newPark Datteln will mehr bieten als andere Wirtschaftsstandorte: Hier entsteht die erste große Industrie-4.0-Fertigungslandschaft von europäischem Rang für bis zu 9.000 Arbeitsplätze. Damit die Industrie-4.0-Vision gelingt, haben Prognos und GPS Planfabrik ein Szenario „newPark 2025“ entworfen. Die Idee: der Industriepark als Kollaborationsplattform für produzierende Unternehmen und spezialisierte Fertigungszentren. Die Zentren sollen die Unternehmen vor Ort mit innovativen Produkten und Dienstleistungen unterstützen, beispielsweise mit industriellen 3D-Druckverfahren. Der erste Bauabschnitt soll ab Anfang 2018 realisiert werden. [\\_](#)

[www.newpark.de](http://www.newpark.de)**Auftraggeber:****Kontakt:**

Peter Kaiser  
[peter.kaiser@prognos.com](mailto:peter.kaiser@prognos.com)

**Wohnen in Deutschland 2045**

Die angespannte Lage der Wohnungsmärkte wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Grund ist vor allem die Binnenwanderung, die sich auf Metropolregionen und urbane Räume konzentriert. Sie wird von der Zuwanderung aus dem Ausland verstärkt. Das zeigt eine Studie für die Allianz Baufinanzierung. Sie basiert auf der Annahme, dass Deutschland ein Einwanderungsland bleibt und künftig mit vergleichbarer Zuwanderungsintensität wie die Schweiz wächst. Demnach könnte die Bevölkerung bis zum Jahr 2045 auf 85 Millionen Menschen wachsen. Die Wohnungsmärkte sind von der Bevölkerungsentwicklung unterschiedlich stark betroffen. Allein in den zehn Regionen, in denen die Wohnungsnachfrage langfristig am stärksten steigt, fehlen bei Fortsetzung der bisherigen Bautätigkeit in den nächsten 15 Jahren weitere 940.000 Wohnungen. [\\_](#)

**Auftraggeber:****Kontakt:**

Tobias Koch  
[tobias.koch@prognos.com](mailto:tobias.koch@prognos.com)

# Rückblick in Bildern



Industriekonferenz „Zukunftsperspektive Industrie 2030“ im BMWi mit Studienpräsentation und Podiumsdiskussion, Berlin



„Zukunft der Regionalpolitik“ im Ruhrgebiet mit BMWi-Staatssekretär Sontowski und NRW-Wirtschaftsminister Duin, Gelsenkirchen



Keynote „Megatrends and the World Economy 2040“ beim Think Tank der iranischen Zentralbank, Teheran



Fachvortrag auf dem Herbstforum Altbau, Stuttgart



Studie zum Wettbewerb im Schienenverkehr, Allianz pro Schiene, Berlin



Pressekonferenz zur Studie „Rentenperspektiven 2040“ für den Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, Berlin



Christian Böllhoff auf Einladung des American Council on Germany und der vbw zum Thema „Economy 2040“, New York

2017

2018

2019

2020

2021

2022

2023

2024

2025

2026

2027

2028

2029

2030

2031

2032

2033

2034

2035

2036

2037

2038

2039

2040

2041

2042

2043

2044

2045